

25. März 2022

Wir sind bereit zu helfen - 25 Maßnahmen, zehn Achsen

[ANREDE]

Am 24. Februar 2022 hat der russische Diktator Putin seinen abscheulichen Angriff auf 40 Millionen Menschen in der Ukraine begonnen.

Dieser menschenverachtende Angriffskrieg gegen die Einwohner eines souveränen Staates bringt die gesamte Friedensordnung ins Wanken.

Er erschüttert unser Vertrauen auf ein dauerhaft friedliches Neben- und Miteinander von Staaten, Menschen und Kulturen in Europa.

Ein Europa,
in dem wieder Bomben auf unschuldige Menschen geworfen werden mit dem Ziel,
dem vermeintlich Schwächeren und Kleineren
das Recht des Stärkeren und Größeren aufzuzwingen.

Ein Europa,
in dem es mehr denn je um die existenzielle Frage geht,
ob unsere freien Gesellschaften
den totalitären Regimen etwas entgegenzusetzen haben,
das ihren Erhalt sichert.

Dies geschieht in einer Zeit, in der wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass dem aktuellen „Demokratie-Index“ zufolge nur noch rund 45 Prozent der Weltbevölkerung in einer Demokratie leben.

Noch nie war dieser Anteil so gering.

Putins Krieg ist nicht nur ein Angriff auf unschuldige Menschen.

Er ist auch ein gezielter Angriff auf unsere demokratischen Werte.

Dieser Krieg hat jetzt schon mehr als 20.000 Todesopfer gefordert.

Und es werden stündlich mehr.

10 Millionen Menschen sind auf der Flucht.

10 Millionen Menschen haben in ihrer Not und Verzweiflung entscheiden müssen,

ihre Heimat und ihre Familien

mit ungewissem Ziel und ohne Garantie auf ein Wiedersehen zurückzulassen.

Diese Flucht ums nackte Überleben

treten vorwiegend Frauen und Kinder an.

30 Prozent der Flüchtenden sind jünger als 12 Jahre.

Kinder werden von ihren Vätern getrennt.

Familien werden auseinandergerissen.

Das erleben oder auch nur mitanzusehen zu müssen,
ist eigentlich unerträglich.

Wir fühlen jeden Tag mit den unschuldigen Opfern dieser Barbarei.

Als solidarische deutschsprachige Gemeinschaft
müssen und wollen wir ihnen helfen.

Die gelebte Solidarität der Ostbelgierinnen und Ostbelgier
mit den Menschen aus der Ukraine
ist einmal mehr überwältigend
Sie zeugt von dem ausgeprägten Bedürfnis der allermeisten Menschen
in unserer Region
zu helfen,
wo Hilfe gebraucht wird.

Diese Hilfsbereitschaft erlebten wir schon 2015,
als Kriegsflüchtlinge aus Syrien und anderen Ländern in Ostbelgien
Geborgenheit suchten.

Wir erlebten sie auch im Sommer vergangenen Jahres,
als zahlreiche Mitmenschen durch das Hochwasser
über Nacht alles verloren,
was sie sich während Jahrzehnten aufgebaut hatten.

Und wir erleben sie heute wieder in Form zahlreicher Initiativen,
die von engagierten Ehrenamtlichen auf den Weg gebracht werden.

Wir dürfen stolz auf diese DG sein!

Die Regierung der DG mobilisiert ihrerseits in diesen Wochen
alle verfügbaren Kräfte,
um den leidenden Menschen
eine möglichst umfassende, unbürokratische Hilfe anbieten zu können.

Wir tun das in direkter Absprache
mit den lokalen Behörden, den ÖSHZ und gemeinnützigen Einrichtungen.

Belgien rechnet mittelfristig mit etwa 200.000 Geflüchteten
aus der Ukraine.

Der Föderalstaat hat die Gemeinden und Gliedstaaten
am 10. März gebeten,
bis Anfang April
30.000 Aufnahmeplätze zur Verfügung zu stellen.

Für die DG

- bzw. die Gemeinden auf dem Gebiet der DG -

bedeutet das nach dem Bevölkerungsproporz,
dass wir bis zum 04. April
200 zusätzliche Wohnplätze einrichten sollen.

Heute,
knapp 3 Wochen nach der Ankündigung des Premierministers,
wissen wir:

Das werden wir schaffen.

Unser Zentrum in Worriken wird ab dem 4. April
in enger Zusammenarbeit mit vielen sozialen Einrichtungen,
Ehrenamtlichen und der Gemeinde Bütgenbach
200 Geflüchteten eine menschenwürdige Unterkunft anbieten
und für eine möglichst ideale Betreuung sorgen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für das vorbildliche
und zutiefst menschliche Engagement aller Beteiligten!

Die Regierung der DG hatte schon unmittelbar nach Kriegsbeginn damit
begonnen,
einen Aktionsplan zur Aufnahme von Geflüchteten auszuarbeiten.

Am 5. März haben wir diesen Aktionsplan
mit den Bürgermeistern der neun deutschsprachigen Gemeinden
konzertiert.

In der Folge hat die Regierung ein 25 Maßnahmen umfassendes Unterstützungspaket geschnürt.

Diese Maßnahmen lassen sich in **zehn Achsen einordnen**, die ich Ihnen, werte Abgeordnete, kurz vorstellen möchte.

Die Antwort auf die doppelte Frage “Wer soll das wie koordinieren?” stellt **die erste Achse** dar.

Seit Kriegsbeginn lädt der Premierminister jeden Donnerstag alle Ministerpräsidenten, die Innenministerin und den Staatssekretär für Asyl nach Brüssel ein, um für eine nationale Koordination aller Massnahmen zu sorgen

Innerhalb der DG erfolgt die politische Koordination auf Ebene der Krisenzelle DG, der allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und die gesamte Regierung der DG angehören.

Innerhalb des Ministeriums wurde zudem eine gesonderte Lenkungsgruppe eingerichtet.

In diesem Rahmen werden im wöchentlichen Rhythmus behördenübergreifend alle notwendigen, operationellen Absprachen getroffen.

Wer vor Bomben und Raketen flüchtet,
dem ist ein sicheres Dach über dem Kopf besonders wichtig.

Daher bildet das Wohnungswesen **die zweite Achse**.

Für die Unterbringung von Geflüchteten übernimmt zunächst
der Föderalstaat die Verantwortung.

Unmittelbar nach der Registrierung der Wohnanträge
werden die Geflüchteten
von der föderalen Zentralstelle jedoch
den Gemeinden zugewiesen,
die für die mittelfristige Unterbringung zuständig sind.

Dazu werden sowohl Wohnungen
aus dem Bestand der Gemeinden und anderer lokalen Behörden
als auch Wohnangebote von Privatpersonen genutzt.

Bei jedem vorübergehenden Wohnangebot wird vorab überprüft,
ob die notwendigen Voraussetzungen
für ein menschenwürdiges Wohnen vorhanden sind.

Das sind wir den Geflüchteten, aber auch uns selbst schuldig.

Erst anschließend kann die Wohnung genutzt werden.

Bei der längerfristigen Vermittlung können die bestehenden beiden sozialen Immobilienagenturen Tri Landum und “Wohnraum für alle” den Geflüchteten helfen.

Die Gemeinschaft wird den Gemeinden
2 zusätzliche Personen zur Verfügung stellen,
um die Wohnungsangebote zu überprüfen.

Nicht genügend hervorzuheben ist die zentrale Rolle
des Zentrums Worriken,
der dritten Achse unserer Anstrengungen.

Die dort vorhandene Infrastruktur ermöglicht es,
schnell vielen Menschen eine vorübergehende Bleibe zur Verfügung zu
stellen.

Worriken ist aber natürlich als touristische Infrastruktur konzipiert.

Innerhalb weniger Wochen,
eine solche Infrastruktur
als Aufnahmezentrum für Geflüchtete herzurichten,
stellt uns vor enorme Herausforderungen.

Neben der Unterbringung muss z.B.
für eine angepasste Verpflegung gesorgt werden;
wobei mittlerweile in Absprache mit den ÖSHZ festgehalten wurde,
dass sich die sozialhilfe-berechtigten Geflüchteten

über einen festgelegten Tagessatz
an den entsprechenden Kosten beteiligen werden.

Außerdem muss während sieben Tagen in der Woche
ein 24-Stunden-Service organisiert werden.

Es müssen Kleider und Materialien
für unterschiedliche Altersgruppen zur Verfügung gestellt werden.

Hinzukommen zusätzliche Dienstleistungen
wie Kinderbetreuung, Schülerbeförderung, psychologische Begleitungen,
und medizinische Versorgung.

Auch bedarf es einer zentralen Anlaufstelle für das Ehrenamt.

Wir werden dem Zentrum deshalb zusätzliches Personal
zur Verfügung stellen
und dabei zT auf das derzeit in den Impfzentren
beschäftigte Personal zurückgreifen.

Um die neuen Angebote in Worriken koordinieren zu können,
wird die Direktion seit einer Woche zudem
durch einen externen Dienstleister unterstützt.

Dabei steht ohne Wenn und Aber fest:

Die mittel- und langfristigen Zukunftsziele
des Gemeinschaftszentrums in Worriken
bleiben von der neuen Aufgabe unangetastet.

Wir halten am Innovationsprojekt „Worriken 4.0“ fest.

Wenn wir sicherstellen wollen,
dass sich die Geflüchteten
- trotz der Sorgen um die geliebte Heimat -
bei uns möglichst wohlfühlen,
bedarf es großer Integrationsbemühungen –
das ist die **vierte Achse unseres Massnahmenpakets**.

Der Erstempfang und die Registrierung von Geflüchteten fallen
grundsätzlich in die Zuständigkeiten des Föderalstaates
und der Gemeinden.

Soziale Begleitungen, die Auszahlung von Sozialhilfe
und sonstige Hilfen
werden durch die Sozialhilfezentren geleistet.

Um den wachsenden Integrationsaufgaben gerecht zu werden,
wurden zusätzliche flankierende Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Dazu gehört die Schaffung einer zentralen Informationsstelle bei Info-Integration zugunsten von Betroffenen, Einheimischen und Diensten, die mit Geflüchteten arbeiten.

Wir haben Info-Integration hierfür zwei zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt.

Seit dem heutigen Montag sind übrigens alle Informationen für Menschen aus der Ukraine auf einer neuen Webseite www.info-ostbelgien-ukraine.be gebündelt zu finden.

Den Migrant*innen dient Info-Integration nach der Eintragung bei der Gemeinde als erste Orientierung.

Hier werden sie beraten und an den Integrationsparcours herangeführt.

Anschließend werden je nach Bedarf Sprach- und Integrationskurse angeboten.

Diese Kurse werden im Norden und Süden Ostbelgiens beziehungsweise im unmittelbaren Umfeld der provisorischen Wohnunterkünfte durchgeführt.

Die kommunalen Integrationsbeauftragten werden für die Ermittlung konkreter Problemstellungen einbezogen.

Eine zentrale Integrationsrolle spielen natürlich Sprache und Verständigung.

Deshalb haben wir dem Dolmetscherdienst Traduko 4 zusätzliche Stellen gewährt.

Zudem sollen zeitnah neue Deutschkurse bei der KAP und der Volkshochschule initiiert werden.

Da etwa die Hälfte der Geflüchteten Kinder und Jugendliche sind, kommen außergewöhnlich große Herausforderungen auf unsere Schulen zu.

Ihnen ist **die fünfte Achse unseres Unterstützungspakets** gewidmet.

Gerade in der Kinderbetreuung und in der Bildung bereiten sich die Verantwortlichen mit Hochdruck auf den Empfang, die Betreuung, die Begleitung und die Beschulung von Minderjährigen aus der Ukraine vor.

Grundsätzlich wird das Ziel verfolgt, geflüchtete Schülerinnen und Schüler schnellstmöglich in den Regelschulbetrieb zu integrieren.

Die überwiegende Mehrheit der geflüchteten Kinder aus der Ukraine erfüllt die Kriterien als sogenannte erstankommende Schüler (EAS).

Die Beschulung der EAS erfolgt,
abhängig vom Alter und vom Sprachniveau,
entweder in der Regelklasse
oder in einer Sprachlernklasse bzw. einem Sprachlernkurs.

Im Kindergarten wird zunächst vom Immersionsprinzip ausgegangen.
Die Kinder sollen im spielerischen Umgang
die Unterrichtssprache erlernen.

Wird jedoch ein bestimmter Prozentsatz an erstankommenden Schülern
erreicht,
werden wir zusätzliches Stellenkapital gewähren.

Kinder im dritten Kindergartenjahr und Schüler*innen in der Primarschule
können zudem Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse besuchen.

Wir werden den Schulen deshalb neben zusätzlichem Personal
auch bedeutende zusätzliche finanzielle Mittel für pädagogische Zwecke
gewähren.

Im Sekundarschulbereich können geflüchtete Jugendliche, die die
Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen,
ebenfalls Sprachlernklassen besuchen.

Hier unterrichten Pädagogen,
die über eine Zusatzausbildung in Deutsch als Zweitsprache verfügen.

Aufgrund der hohen Anzahl von Geflüchteten werden mehr Sprachlernkurse und Sprachlernklassen organisiert werden müssen und somit mehr Lehrpersonen benötigt.

Um Personalmitglieder entsprechend zu qualifizieren, werden in Kooperation mit der TU Dortmund kurzfristig eine Weiterbildung und eine Neuauflage der Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache organisiert.

Überdies unterstützt die Beratungsstelle für Deutsch als Zweitsprache am Zentrum für Förderpädagogik die Lehrpersonen sowohl der Sprachlernklassen als auch der Regelklassen.

Darüber hinaus werden eine Schülerbeförderung für die erstankommenden Schüler organisieren.

Natürlich werden auch Maßnahmen ergriffen, die über die reine Beschulung hinausgehen.

So wird Kaleido die Kinder und Jugendlichen begleiten.

Der Dienst verfügt über Mitarbeiter,
die in der Krisenintervention geschult sind.

Um die Schulen bei der Thematisierung des Kriegs
im Unterricht zu unterstützen, +stellen das Institut für
Demokratiepädagogik und die Fachberatung Medien
Materialsammlungen zur Verfügung.

Zur Prävention von Konflikten in den Schulen
können die Schulen zudem
auf die Unterstützung des Dienstes „Wegweiser“ zurückgreifen.

Da die Geflüchteten eine Arbeitserlaubnis erhalten,
gehen wir davon aus,
dass ein Teil der Geflüchteten einer Beschäftigung nachgehen möchten.

Das ist jedoch nur realistisch,
wenn wir für die nötige Kinderbetreuung,
der sechsten Achse unseres Maßnahmenpakets,
sorgen.

Die Regierung wird zusätzliche Kinderbetreuungsangebote ermöglichen.

Für die außerschulische Betreuung
wird die Norm der Höchstanzahl Kinder

abhängig von der Größe des Betreuungsortes
ausgesetzt.

In der Kleinkindbetreuung werden kurzfristig über einen Krisenerlass
mehrere Anpassungen vorgenommen,
um die Betreuung der geflüchteten Kinder gewährleisten zu können.

So können bis zu 50 zusätzliche Betreuungsplätze entstehen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt,
die siebte Achse unserer Unterstützung,
spielt eine wesentliche Rolle bei der Integration.

Die EU-Mitgliedstaaten haben hierfür
den temporären Schutz für Staatsangehörige aus Krisengebieten aktiviert.

Die Geflüchteten sind also unmittelbar arbeitsberechtigt.

Um sie bestmöglich begleiten zu können,
wird das Arbeitsamt eine angepasste Eintragung ermöglichen
und sowohl Ersteintragung als auch Erstberatung vor Ort
in Worriken anbieten.

Besondere Bedeutung kommt der Kompetenzvalidierung zu.

Das Arbeitsamt wird hierfür auf das Tool „Myskills“ zurückgreifen.

Ergänzt werden diese Anstrengungen durch Infopakete für Geflüchtete,
die Prüfung möglicher Diplomanerkennungen,
die Organisation von Job-Coaching-Angeboten
und die Aufbereitung angepasster Informationen für Arbeitgeber.

Werfen wir einen Blick auf **die achte Achse unseres Angebots:**

Die ankommenden Geflüchteten werden einen langen, anstrengenden Weg hinter sich haben.

Ihr Gesundheitszustand wird untersucht werden müssen und eine medizinische Betreuung wird zu gewährleisten sein.

Überdies werden voraussichtlich zahlreiche Geflüchtete eine spezifische psychologische Betreuung brauchen, um über traumatische Erlebnisse hinwegzukommen.

Deshalb werden sowohl im Norden als auch im Süden der DG je ein Gesundheitsstützpunkt aufgebaut.

Dem Beratungs- und Therapiezentrum BTZ stellen wir vier zusätzliche Vollzeitstellen zur Verfügung.

Das BTZ wird mit jeweils einem mobilen Krisenteam für Erwachsene und Jugendliche und einem Krisenteam für Kinder unter 14 Jahren starten.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

unser Maßnahmenpaket
wird nicht ohne Auswirkungen
auf den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft bleiben,
womit wir **bei der neunten Achse** angelangt wären.

Stand heute gehen wir davon aus,
dass die Aufnahme von aus der Ukraine geflüchteten Menschen
mit rund 3,6 Millionen Euro zu Buche schlagen wird.
Diese Zahl kann sich noch verändern.

Betroffen sind dabei vorrangig der soziale Bereich, das Unterrichtswesen,
die Kinderbetreuung und die Gemeinschaftszentren.

Diese finanzielle Anstrengung ist in diesen schweren
und in jeder Hinsicht außergewöhnlichen Zeiten erforderlich
und gerechtfertigt.

Wenn wir unsere Solidarität mit den Opfern des Krieges zeigen wollen,
dann reicht es allemal nicht,
die ukrainische Flagge zu hissen.

Dann müssen wir auch bereit sein,
die notwendigen Hilfen zu finanzieren.

Gleichzeitig wollen wir aber natürlich etwaigen Neiddiskussionen vorbeugen und Ungerechtigkeiten vermeiden.

Deshalb haben wir entschieden, unsere Investitionen in Bildung und Soziales ganz grundsätzlich zu erhöhen.

Selbstverständlich werden wir uns bemühen, hierfür europäische Fördergelder zu mobilisieren.

Damit beschäftigen wir uns gerade in der AG EU-DG, die schon in der Coronakrise hervorragende Arbeit geleistet hat.

Schließlich - und das ist **die zehnte Achse** unseres Maßnahmenpakets - kann die riesige Aufgabe, vor der wir stehen, nicht alleine durch die öffentliche Hand gestemmt werden.

Vielmehr handelt es sich um eine kollektive Kraftanstrengung der gesamten Gesellschaft.

Wir müssen das Engagement und die Solidarität der ostbelgischen Bevölkerung unterstützen.

Die ostbelgische Vereins- und Ehrenamtswelt wird über alle zur Verfügung stehenden Kanäle darüber informiert, wie Angebote für ukrainische Gäste in Ostbelgien zentral publik gemacht werden können.

Kolleginnen und Kollegen,

aus dem furchtbaren Krieg in der Ukraine erwächst eine Verantwortung für uns alle:

Die Verantwortung, ja die Pflicht den Kriegsopfern zu helfen.

Wir sind gewillt, bereit und in der Lage zu helfen.

Und wir hoffen,

dass uns dabei eine breite Mehrheit im Parlament unterstützen wird.

Wir haben in der Coronakrise eine vorbildliche parteiübergreifende Zusammenarbeit erlebt.

Lasst uns auch diese Krise gemeinsam parteiübergreifend bewältigen.

Eines haben wir in den letzten Dauer-Krisen-Jahren gelernt:

Ostbelgien steht zusammen – auch und gerade in Krisenzeiten.

Wenn wir zusammenhalten,

dann sind wir in der Lage, jede Krise zu überwinden.

Das haben uns die letzten Jahre gelehrt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!